

Foto: agentur gt



Doppelt kürzen

Das Doppelbudget belastet die Mitte, schont Millionär:innen und kürzt beim Klimaschutz. **Seite 2**

Foto: Die Grünen OÖ



Da Stefan – eine Erfolgsgeschichte

Über 600mal mit Bürger:innen telefoniert. Erfolg für die Kampagne von Stefan Kaineder. **Seite 5**

agentur gt



Stromhunger bei Google

Rechenzentrum in Kronstorf treibt Energiebedarf hoch – ohne Windkraft keine Wende. **Seite 7**

oö.planet

Ausgabe Nr. 131

Juli 2026 28. Jahrgang

Grüne Zeitung für Oberösterreich

oö.planet Nr. 04/2026 | Österreichische Post AG | GZ 02Z031264 M
Die Grünen | Landesgruppe OÖ | 4040 Linz | Landgutstr. 17 | Retouren an Postfach 555 | 1008 Wien



Gerechte Abkühlung für alle

Wenn Hitze Schulen, Pflegeeinrichtungen und Wohnungen ungleich belastet, wird Hitzeschutz zur Frage der sozialen Gerechtigkeit – und zur Aufgabe einer Politik, die Gesundheit und Lebensqualität für alle sichern will. Seite 3



Eigentlich ist alles gesagt

Eigentlich ist alles gesagt. Zur Hitze. Schon längst. Zu den Ursachen. Das CO₂ viel zu viel und immer mehr. Durch Auspuffe, Schloten, durch uns. Mit steigenden Temperaturen, Überhitzung und verändertem Klima im globalen Schlepptau. Ja, die Klimakrise, und Ja menschengemacht. Es ist alles gesagt zu den Folgen. Den verdorrten Feldern und risigen Böden, dem knappen Wasser, den schwindenden Gletschern und brütenden

Städten. Den Belastungen für Mensch und seine Gesundheit, besonders für Jung und Alt, vom Klassenzimmer bis zum Seniorenheim. Es ist alles gesagt, was zu tun ist. Anpassen, Arrangieren mit dem Schaden. Uns und unser Leben hitzeresistent machen. Baulich, psychisch, Punkt 1. Punkt 2: An die Wurzel des Übels. Weniger Schadstoffe, viel weniger. Öl und Gas werden nicht mehr verbrannt, sondern verbannt. Wasser, Sonne Wind, die Energie-

*wende. Es gibt nur sie, wir arbeiten daran, aber zu langsam. Denn es wurde bereits alles gesagt, auf den Klimakonferenzen und vor den faulen Kompromissen. Alles gesagt, den Ölstaaten, Autokraten, fossilen Lobbyisten und Klimaleugnern. Aber wir Grünen schleudern es weiter mit aller Kraft der Hitze entgegen: Handeln, sonst reißen wir die Erde in den feurigen Abgrund. Dann, ja dann gibt es tatsächlich nichts mehr zu sagen. **ME***

Deine Meinung zählt!

Wie gefällt dir der OÖ. Planet?

Sag uns deine Meinung! Letzte Chance.



Zugespitzt



Marco Vanek
Chefredakteur
marco.vanek@gruene.at

Hitzefreie Öffis!

Die letzten Wochen haben es gezeigt: Fahrgäste in öffentlichen Verkehrsmitteln litten besonders unter der Hitze. Wenn Busse, Straßenbahnen oder Züge zur Stoßzeit überfüllt sind und sich Innenräume auf über 30 Grad aufheizen, wird jede Fahrt zur Belastung – für Pendler:innen, Schüler:innen und ältere Menschen.

„Mehr Begrünung und Beschattung der Haltestellen“

Wer kein Auto besitzt oder bewusst darauf verzichtet, sitzt oft lange in überhitzten Fahrzeugen oder wartet an Haltestellen ohne Schatten. Hitzeschutz im Verkehr ist deshalb eine Frage der Gerechtigkeit: Menschen, die klimafreundlich unterwegs sind, dürfen dafür nicht mit Gesundheitsrisiken bezahlen. Es braucht daher mehr Begrünung und Beschattung der Haltestellen, klare Temperaturgrenzen in Fahrzeugen sowie Investitionen in energieeffiziente Kühlung, damit Öffi Fahren auch an Hitzetagen zumutbar bleibt.



Gleicher als gleich?

Alle Ausnahmen von Motorbootsperrern auf den OÖ. Seen zu prüfen, fordern die Grünen von LR Steinkellner. Anlass ist die Debatte um ein Luxus-Bootshaus und eine Ausnahmegenehmigung für ein Sportboot am Attersee. Es geht um Gerechtigkeit und die Frage, ob auf unseren Seen klare Regeln für alle gelten oder es Schlupflöcher für jene gibt, die sich große Boote und gute Kontakte leisten können.

Gekommen, um zu kürzen



Statt Entlastung bringt das Doppelbudget neue Belastungen für die Mitte der Gesellschaft, während Millionär:innen geschont werden und beim Klimaschutz deutlich gekürzt wird.

Benjamin Wimmer

In der Nationalratssitzung am 20. November 2024 kritisierte SPÖ-Chef Andreas Babler die budgetär „dramatische Situation“ in Österreich. Er forderte eine „kluge und gerechte Budget- und Wirtschaftspolitik“, denn für ihn sei klar, dass „breitere Schultern mehr tragen sollen als schwächere Schultern“. Gemeint war damit wohl, dass die Menschen, die mehr haben auch mehr abgeben sollen um diejenigen, die weniger haben, zu entlasten.

Mittlerweile sind wir im Juli 2026 angekommen. Andreas Babler ist Vizekanzler, sein Parteikollege Markus Marterbauer Finanzminister und aus den breiten Schultern wurde ein breiter Rücken. Nämlich der Rücken der breiten Mitte der Gesellschaft, der nicht wie versprochen entlastet, sondern ein ums andere Mal durch massive Budgetkürzungen zusätzlich beladen wird. Und das ganze unter dem Titel „Aufschwung. Gerechtigkeit. Reformen.“, dem Motto des Doppelbudgets für 2027 und 2028.

Budget macht unser Land ungerechter

In erster Linie werden Frauen, Familien, Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen von den Einsparungen eiskalt erwischt. Diejenigen also, die einen großen Beitrag leisten oder

geleistet haben, werden als erstes zur Kasse gebeten.

Ein erfreulicher Punkt ist grundsätzlich das Rekordbudget für Frauen, das mehr Geld für Gewaltschutz sowie für Frauen- und Mädchenberatung vorsieht und zusätzliche Mittel für Gleichbehandlungsanwaltschaft und Gleichbehandlungskommission bringt. Schaut man aber hinter die Kulissen, findet man schnell die Nachteile, die das Budget für Frauen mitbringt. Das große Stichwort ist und bleibt: Inflation. Diese trifft all jene, die weniger verdienen, am meisten. Somit trifft es auch Frauen im Vergleich zu Männern härter. Dazu kommt, dass Teilzeitbeschäftigte und Beschäftigte mit geringem Einkommen ab 2027 nicht mehr von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit sind. Auch das betrifft in erster Linie Frauen.

Gleichzeitig wird es in den Jahren 2027 und 2028, so wie bereits heuer, keine Inflationsanpassung für Familien- und Sozialleistungen geben. Darunter fallen unter anderem Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld und das Schulstartgeld.

Temperaturen steigen, Klimabudgets sinken

Laut Bundesregierung liegt der Schwerpunkt des neuen Klima-Budgets auf rasch wirksamen und kos-



Budget der Bundesregierung für Umwelt und Klima

teneffizienten Maßnahmen, „die die heimische Wertschöpfung steigern, Beschäftigung sichern und die Notwendigkeit zum Import fossiler Energie mindern“.

Die brutale Realität: Seit die ÖVP-SPÖ-NEOS-Regierung an den Hebeln sitzt, wird das Geld für Umwelt und Klima kontinuierlich weniger. Im ersten Regierungsjahr 2025 gab es noch knapp 2,5 Milliarden Euro, heuer ist es bereits mehr als eine Milliarde weniger. In den kommenden beiden Jahren sinkt das Klima- und Umweltbudget noch einmal auf 965 Millionen (2027) bzw. 975 Millionen Euro (2028).

Drastische Kürzungen gibt es dabei im Bereich der Förderungen für Heizungstausch und Sanierung. Also genau da, wo heimische Unternehmen zum Einsatz kommen und so die heimische Wertschöpfung gesteigert, Beschäftigung gesichert und obendrein die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten reduziert wird. Auch die Geräte-Retter-Prämie wird künftig gestrichen. Zum Nachteil der Kund:innen und der heimischen Betriebe.

Zusammengefasst bedeutet das Doppelbudget für 2027 und 2028: Draufzahlen für die Mitte der Gesellschaft, weiterhin keine fairen Beiträge von Millionär:innen, Klimaschutz und Energiewende bleiben auf der Strecke, während Unternehmen entlastet werden.

Oder wie Schwarz-Rot-Pink sagen würde: Aufschwung. Gerechtigkeit. Reformen.

Wenn die Hitze zur Belastung wird

Hitze als Gesundheitsrisiko: Warum wir Städte, Schulen und Pflegeeinrichtungen besser schützen müssen

Benjamin Wimmer

Hitzewellen gehören längst nicht mehr zu den Ausnahmen eines Sommers – sie sind zur neuen Realität geworden. Gerade Oberösterreich erlebt immer häufiger Tage mit Temperaturen weit über 30 Grad. In diesem Juni hatten wir sogar bereits über 40 Grad. Während früher bei einem heißen Sommer von angenehmem Badewetter die Rede war, sind die Temperaturen heutzutage für viele Menschen zunehmend eine ernsthafte Gesundheitsgefahr. Deshalb braucht es neben konsequentem Klimaschutz auch wirksame Maßnahmen, um unsere Lebensräume an die Folgen der Erderhitzung anzupassen.

Schulen brauchen mehr Hitzeschutz

Besonders deutlich zeigt sich das in unseren Schulen. Wenn sich Klassenzimmer auf über 30 Grad aufheizen, wird konzentriertes Lernen nahezu unmöglich. Viele Lehrer:innen berichten von stickigen Räumen, erschöpften Kindern und Unterricht, der unter diesen Bedingungen kaum mehr sinnvoll stattfinden kann. Deshalb fordern die Grünen einen klaren Fahrplan, um Oberösterreichs Schulen



hitzeresistent zu machen – mit sofort umsetzbaren Maßnahmen wie Hitzeschutzfolien, Ventilatoren oder mobilen Kühlgeräten ebenso wie mit langfristigen Investitionen in Beschattung, Begrünung und moderne Gebäudekühlung. Bei Neubauten und Sanierungen muss Hitzeschutz künftig selbstverständlich mitgedacht werden.

Pläne für Altenheime verbessern

Noch dramatischer ist die Situation für ältere Menschen. Wer in einem Alten- oder Pflegeheim lebt, kann der Hitze oft nicht ausweichen. Hohe Temperaturen bedeuten für viele Bewohner:innen ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko. Zwar gibt es mittlerweile einen oberösterreichischen Hitzeschutzplan, doch Informationskampagnen allein reichen nicht aus. Es braucht ordentlich finanzierte bauliche Maßnahmen und verbindliche Hitzeschutzpläne für jede Einrichtung, um Bewohner:innen und

Beschäftigte wirksam zu schützen.

Menschen mit weniger Einkommen mehr betroffen

Auch unser Alltag verändert sich. Freibäder, Seen und Flussufer werden zu wichtigen Rückzugsorten, Parks und schattige Plätze gewinnen an Bedeutung. Das große Problem sind aber nach wie vor die Wohnungen, die sich im Sommer zunehmend in Hitzefallen verwandeln. Menschen mit geringem Einkommen sind davon besonders betroffen. Wer keine Möglichkeit hat, sich in ein kühles Haus am Seeufer zurückzuziehen, leidet besonders unter den steigenden Tem-

peraturen. Hitzeschutz ist deshalb auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Die gute Nachricht ist: Vieles liegt in unserer Hand. Mehr Bäume, entsiegelte Flächen, begrünte Plätze und Fassaden sowie eine vorausschauende Raumplanung können Städte und Gemeinden spürbar abkühlen. Ebenso wichtig sind ausreichend öffentliche Rückzugsorte und Kühlräume für heiße Tage. Klimaanpassung und Klimaschutz gehören dabei untrennbar zusammen. Denn jede vermiedene Tonne CO₂ hilft, die Erderhitzung einzubremsen und jede heute gesetzte Hitzeschutzmaßnahme schützt Menschen schon morgen.

Die Klimakrise ist längst in Oberösterreich angekommen. Jetzt kommt es darauf an, unsere Gemeinden, Schulen, Pflegeeinrichtungen und Wohnorte so zu gestalten, dass sie auch in Zukunft lebenswert bleiben. Denn Hitzeschutz ist kein Luxus, sondern eine Voraussetzung für Gesundheit, Lebensqualität und ein gutes Miteinander.



„Oberösterreichs Seen sind in hervorragendem Zustand“, betont Umweltlandesrat Stefan Kaineder.

Baden in OÖ: Saubere Abkühlung

Bei den heißen Temperaturen suchen zahlreiche Menschen Abkühlung in heimischen Gewässern. Rechtzeitig dazu hat auch die Kontrolle der Badeplätze in Oberösterreich in Hinblick auf die Badeeignung wieder begonnen. Die ersten Ergebnisse liegen vor und sie sind durchaus positiv: Alle oberösterreichischen Naturbadestellen sind zum Baden geeignet! Keine einzige Badestelle wurde als mangelhaft bewertet.

Dennoch sind diese Messergebnisse Momentaufnahmen von heimischen Seebadestellen. Da die Klimakrise immer öfter zu extremeren Wetterbedingungen führt, sind kurzfristige Verunreinigungen durch starke Regenfälle, aber auch Dürreperioden immer möglich. Man muss daher vor allem bei starkem Badebetrieb mit einer erhöhten bakteriologischen Belastung rechnen.

Eine negative Auswirkung der Klimaerwärmung ist allerdings auch in den heimischen Gewässern deutlich spürbar. Vor allem die großen Seen im Salzkammergut boten im Sommer stets eine gute Abkühlung. Doch mittlerweile steigen auch dort die Wassertemperaturen in den Hitzemonaten deutlich.

Sterbendes Gletscherparadieses



Stefan Kaineder hat vor Ort am Aletschgletscher selbst sehen können, wie schnell Eisriesen schrumpfen. Die Schweiz war ein Gletscherparadies: Über 1200 Gletscher sind seit 1970 verschwunden. Je weniger weiße Schneemassen es im hochalpinen Raum gibt, desto schneller steigen dort die Tempe-

raturen. Das Gestein wird warm, das Eis schmilzt, Steinschlag und Instabilität nehmen zu. Gletscher speichern im Winter Schnee und Regen und geben im Sommer Wasser langsam ab. Ohne diese Pufferfunktion drohen Tälern und Dörfern deutlich häufiger Trockenheit und Überflutungen.



Landwirtschaft braucht Menschen, nicht nur Hektar

Kennst Du eigentlich die Grünen Bäuerinnen und Bauern Oberösterreich? Besitzt Du Wald? Hast Du einen Acker geerbt? Verpachtest Du landwirtschaftliche Flächen oder bist Miteigentümer eines Hofes?

Dann könnte es gut sein, dass Du bei der Landwirtschaftskammerwahl 2027 wahlberechtigt bist, ohne es zu wissen. Denn wählen dürfen nicht nur aktive Bäuerinnen und Bauern. Auch viele Eigentümer land- und forstwirtschaftlicher Flächen oder deren Angehörige sind wahlberechtigt. Genau das überrascht jedes Mal viele Menschen. Warum ist das wichtig?

Weil die Landwirtschaftskammer mitentscheidet, unter welchen Rahmenbedingungen unsere Landwirtschaft arbeitet – heute und in Zukunft.

Wir Grünen Bäuerinnen und Bauern setzen uns dafür ein, dass wieder die Menschen am Hof im Mittelpunkt stehen: faire Rahmenbedingungen, regionale Wertschöpfung, transparente Herkunftskennzeichnung und eine Landwirtschaft, von der Familien gut leben können.

Unser Tipp: Prüfe rechtzeitig, ob Du wahlberechtigt bist und im Wählerverzeichnis eingetragen bist:



Du bist Dir nicht sicher? Dann melde dich einfach bei uns unter **bauern.ooe@gruene.at**. Denn nur wer sein Wahlrecht kennt und nützt, kann die Zukunft der oberösterreichischen Landwirtschaft mitgestalten.



Unikürzungen: Wenn Worte und Taten auseinandergehen

Ist es tatsächlich so ruhig geworden um die Kürzungen beim Hochschulbudget? Sind Protest und Aufregung wegen der Milliarden-Einsparungen im Unibudget verflogen? Natürlich nicht. Im Herbst soll die Politik nach einer Nachdenkpause entscheiden.

Markus Ecker

Vielleicht kommen der Politik dabei die Rosen in den Sinn, die sie den Unis sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit streut. Unis sind natürlich ein Gradmesser, wo ein Land steht, wie und wohin es sich entwickelt. Indikator für Fortschritt und Erfolg, Ausdruck von Kompetenz und Exzellenz. „Umso verstörender sind damit erstens die Kürzungspläne dieser Bundesregierung. Seltsam sind zweitens teils auch die Darbietungen der Parteien hier im Land“, fasst es der Grüne Klubobmann Severin Mayr zusammen.

Reduzierte Lehre, weniger Forschung, gekürzter Personalstand und geringerer Output in jeder Hinsicht. Reduzierte Lehre, weniger Forschung, ein gekürzter Personalstand und insgesamt geringerer Output: Die Folgen der Uni-Kürzungen für Ruf und Wirtschaft liegen auf der Hand – und müssten der Bundesregierung bewusst sein. Sie treffen das SP-geführte Wissenschaftsministerium

„Es muss in Infrastruktur und Gehirnschmalz investiert werden.“

mit einer oberösterreichischen Ministerin genauso wie die ÖVP, die sich als Wirtschaftspartei sieht, und NEOS mit einem Bildungsminister. „Dieses Dreigespann muss zur Besinnung kommen und das massive Kürzungsprogramm stoppen“, fordert Severin Mayr. Denn es geht direkt um unsere JKU in Linz und um Oberösterreich als Industrie-, Export- und Technologieland. Dafür braucht es ein enges Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft und Investitionen in Forschung, Lehre, Entwicklung, Infrastruktur und „Gehirnschmalz“. Hier zu kürzen ist schlicht abwegig – ebenso wie manch politische Reaktion ob der Enns, womit wir bei Punkt zwei wären.

Die Forderung nach einem Kürzungsstopp wollten die

Grünen gemeinsam mit allen anderen Landtagsparteien in Wien deponieren. Aber siehe da. Jene ÖVP, deren Landeshauptmann Stelzer wegen der Kürzungen noch wörtlich vom Donner gerührt war und gegen Wien vom Leder gezogen ist, wollte das nicht. Auch die SPÖ nicht, deren Chef Winkler seine Glaubwürdigkeit bei Wortspenden zu Wirtschafts- und Bildungsstandort hinterfragen sollte.

„Wir hätten gemeinsam ein starkes Zeichen Richtung Wien setzen können, ja müssen. Aber die Interessen der Bundesparteien haben jene Oberösterreichs wieder einmal getoppt“, ärgert sich Mayr. „Im Herbst werden sich sie sich entscheiden müssen, wo sie stehen. Wir Grünen wissen es.“

10.000 Menschen bei der linzpride2026



Trotz knapp 40 Grad zogen am Samstag, den 27. Juni bei der linzpride2026 gut 10.000 Menschen über die Linzer Landstraße, um für die Rechte und Sichtbarkeit von LGBTIQ* Personen in Oberösterreich einzutreten. In seiner Begrüßung wies Bürgermeister Dietmar Prammer darauf hin, dass in Linz kein Platz für Ausgrenzung und Diskriminierung sei. Auch Landesrat Stefan Kaineder und Alma Zadic

richteten Grußworte an die sich sammelnde Parade. Die Grünen Andersrum OÖ waren mit einem Infostand bei der Pride City vertreten.

„Die Forderung nach dem Nationalen Aktionsplan gegen Hassverbrechen oder nach dem Levelling Up im Diskriminierungsschutz schmelzen in der Hitze nicht einfach davon!“, betonte Michael Müller von der HOSI Linz. **Infos: linzpride.at**



Plötzlich war Politik wieder ein Gespräch

Kann man einen Politiker oder eine Politikerin einfach anrufen? Und hebt jemand dann tatsächlich ab? Eine Rückschau auf Stefan Kaineders ungewöhnliche Kampagne

Christoph Humitsch

Genau diese Frage haben sich in den vergangenen Wochen tausende Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher gestellt. Mehr als 600-mal wurde daraus ein echtes Gespräch. Aus einer ungewöhnlichen Idee wurde eine Kampagne, die weit über Plakate und Radiospots hinaus Wirkung entfaltet hat.

Kein Callcenter

Drei Wochen lang stand auf Plakaten und in Radiospots nur eine Botschaft: „Da Stefan. Da für dich. Ruf mich an.“ Dahinter steckte kein Callcenter, keine KI, keine Vorzimmernummer und kein Auswahlmenü - sondern Stefan Kaineder persönlich.

Genau darin liegt die besondere Qualität der Aktion: Politik lebt von Vertrauen. Wir wollten nicht nur über Nähe reden, sondern sie erlebbar machen. Die Menschen sollten selbst erfahren, dass da jemand zuhört. Genau das ist passiert.

Die Themen waren so vielfältig wie Oberösterreich selbst. Von Energie und Bodenverbrauch über Pflege und Gesundheit bis hin zu Nachbarschaftskonflikten, persönlichen Sorgen oder einfach der Neugier, ob tatsächlich jemand abhebt. Genau das wurde für viele zur eigentlichen Überraschung.

„Viele wollten zuerst gar kein politisches Anliegen loswerden. Sie wollten einfach ausprobieren, ob

die Nummer wirklich funktioniert. Dass ich tatsächlich abgehoben habe, war für viele schon die eigentliche Überraschung und Sensation“, erzählt Stefan Kaineder.

Geschichten über die Telefongespräche

Besonders beeindruckend waren die Begegnungen, die weit über das Telefonat hinauswirkten. Ein Landwirtschaftsschüler diskutierte mit Stefan über

Bodenversiegelung, später sprach die ganze Schule über das Gespräch. Mitarbeitende eines Unternehmens riefen gemeinsam aus der Mittagspause an und erzählten die Geschichte anschließend im gesamten Betrieb weiter. Immer wieder zeigte sich: Nicht nur die Gespräche selbst wirkten, sondern auch die Geschichten darüber.

Natürlich waren nicht alle Telefonate einfach. Manche Gespräche waren emotional, manche herausfordernd, manche sehr persönlich. Gerade das machte aber deutlich, wie groß das Bedürfnis vieler Menschen nach einem direkten Draht zur Politik ist.

Die Menschen sollten selbst erfahren, dass da jemand zuhört.

Auch Wochen nach dem offiziellen Ende der Kampagne klingelt das Telefon täglich weiter. Viele Menschen haben sich die Nummer gespeichert oder notiert. Deshalb bleibt sie auch künftig offen.

Denn eines hat „Da Stefan. Da für dich.“ eindrucksvoll gezeigt: Politik beginnt oft nicht mit einer großen Rede, sondern mit einem einfachen „Hallo, da ist der Stefan.“



Zukunft der Zuversicht

Wie kann Zuversicht gelingen, wenn Krisen, Kriege und die Klimakrise unseren Alltag prägen? Dieser Frage widmete sich der Oö. Klimagipfel 2026 und gab den zahlreichen Besucher:innen viele Denkanstöße mit auf den Weg.

Fortschritt entsteht oft durch richtungsweisende Entscheidungen.

Den Auftakt machte Klimaforscherin und Autorin Katharina Rogenhofer. Sie zeigte eindringlich, welche Folgen die Erderhitzung bereits heute für unsere Lebensqualität hat und welche Risiken mit jedem weiteren Zehntelgrad Erwärmung wachsen. Gleichzeitig machte sie Mut: Die ökologische Transformation bringt weit mehr als sinkende Emissionen. Sie bedeutet stabile Energiepreise statt fossiler Abhängigkeit, Investitionen in Zukunftstechnologien, neue Arbeitsplätze, saubere Luft und lebenswerte Städte. Klimaschutz, so ihre Botschaft, ist keine Last, sondern eine Investition in eine bessere Zukunft für uns und kommende Generationen.

Christoph Dolna-Gruber zeigte, wie Österreich mit heimischen erneuerbaren Energien unabhängiger von fossilen Importen werden und damit Sicherheit und Wohlstand stärken kann. Dass auch Gerichte einen wichtigen Beitrag zur Transformation leisten, verdeutlichte Michaela Krömer: Fortschritt entsteht oft durch richtungsweisende Entscheidungen und den Mut, neue Wege zu gehen. (bw)

Gewinnspiel: Hüttenabend mit Stefan Kaineder

Am 16. August heißt es noch einmal „In welcher Heimat willst Du leben?“. Zum großen Sommerspecial der Heimatgespräche mit Landesrat Stefan Kaineder laden die Grünen Oberösterreich auf die Rieder Hütte, 1.762 Meter hoch gelegen im Höllengebirge. Du willst dabei sein? Dann sei schnell und gewinne einen von 20 Teilnehmer:innenplätzen inklusive Bergbahnfahrt,

Hüttenübernachtung und Halbpension mit Getränken. Alles, was Du tun musst, ist Dich anzumelden. Und mit etwas Glück kannst Du Deine ganz persönlichen Gedanken und Ideen mit LR Stefan Kaineder am Hüttentisch diskutieren.

Die detaillierten Infos zum Gewinnspiel findest Du auf ooe.gruene.at oder scanne einfach den QR-Code:



Kommentar



Severin Mayr
Klubobmann der
Grünen im Oö. Landtag
severin.mayr@gruene.at

Wie wärs mal mit hinterfragen?

Natürlich hat der Landesrechnungshof auch diesen geförderten Linz-Frankfurt-Flug-Unfug gemeint, wenn er die schwarz-blaue Finanzpolitik rügt, um an den nebenstehenden Beitrag anzuschließen. Abgesehen davon, dass man keinen Business-Flieger finanziert, wenn man gleichzeitig in so vielen grundlegenden Bereichen des Landes reinkürzt. Planlos Steuergeld aus der Hüfte in

„Schwarz-Blau zahlt und hinterfragt nichts.“

ein Problem reinzukippen, um es zu lösen, ist schwarz-blaue Tradition. Nicht diese Verbindung und die 36 Millionen Steuergeld werden den Linzer Flughafen retten, sondern ein durchdachter Plan. Genau so wenig werden die ständigen Gemeindepakete die finanziell so gebeutelten Kommunen aus der Misere helfen, sondern nur echte Strukturreformen. Dazu müsste man halt zuerst Probleme und ihre Gründe genau hinterfragen. Schwarz-Blau zahlt und hinterfragt nichts. Weder Problem noch Wirkung und schon gar nicht sich selbst.

DAT ist ja fast wie im Privatjet

So exklusiv wie ein Business-Jet, so teuer wie ein Prestigeprojekt und trotzdem kaum ausgelastet: Die Linz-Frankfurt Verbindung der DAT wird mit Millionen Steuergeld gefördert, während Sozialvereine Kürzungen spüren und eine Exitstrategie weiter offen bleibt.

Markus Ecker

Seit 29. März hebt sie ab, die DAT. Seit 29. März verbindet der Dänische Billigflieger Linz mit der Bankenmetropole Frankfurt. Gefördert vom Land OÖ mit in Summe bis zu 36 Millionen Euro für vier Jahre. Weil andere Linien diese Verbindung als völlig unrentabel gestrichen haben, stellt sich die Frage, ob der Bedarf mittlerweile explodiert und die Flieger mit dankbaren Fluggästen voll sind, so wie sich das ÖVP, FPÖ und SPÖ erträumen. „Man könnte jeden Fluggast nicht nur persönlich mit der Hand begrüßen, sondern auch noch ausgiebig plaudern“, bringt es der Grüne Klubobmann Severin Mayr auf den Punkt. Mayr meint damit, dass der rund 70 Passagiere fassende Flieger im Schnitt zu einem Drittel besetzt sein soll. Gefüllt ist damit eher nicht das richtige Wort.

Dass die Grünen die größten Kritiker dieses aeronautischen Förderkonstrukts sind, ist bekannt. Weil es nicht sein kann, dass das Geld der Steuerzahler:innen

in ein Business-Shuttle rinnt. Dass sie dafür zahlen, was die verantwortliche Politik und Flughafenmanagement in den letzten Jahren verbockt haben. „Überall wird gespart, Sozialvereinen werden die Gelder rigoros gekürzt. Aber man hat Mil-

„Wenn jetzt Manager so in den Flieger gelockt werden müssen, gesteht man das Scheitern schon ein.“



lionen für eine unrentable Flugverbindung, weil man glaubt, damit den Flughafen Linz retten zu können. Was für ein Unfug“, meint Mayr und setzt zum nächsten Schritt an.

Denn an dieser Stelle ist es Zeit, mal wieder bei Landesrat Achleitner schriftlich nachzufragen. Wie es denn so läuft. Wie die Auslastung exakt ist, was man plant vor allem, dann wenn der Andrang weiter so überschaubar ist. „Gibt’s dafür eine Exitstrategie oder pumpt man bis zum St. Nimmer-

leinstag Steuergeld in diesen Flieger?“, ist Mayr auf die Antworten gespannt.

Geheimniskrämerei um Flughafenzukunft

Ach ja, da wäre dann noch die Flughafenstrategie, die so geheim ist, dass sie keiner kennt, die aber so notwendig wäre, um den Flughafen in die Erfolgsspur zu bringen. Das wird ebenso im Fragenkatalog drin sein wie das Manifest, das gemeinsame Bekenntnis von Politik und Wirtschaft zu dieser Verbindung. Unternehmen sollen den Flug in ihre Reiserichtlinien schreiben, die öffentliche Hand ihn bevorzugt buchen „Wenn jetzt Manager so in den Flieger gelockt werden müssen, gesteht man das Scheitern schon ein. Und wenn sich dann die Wirtschaftskammer samt den Landesräten Haimbuchner und Achleitner bei ihrem Trip nach Krakau lieber einen Privatjet chartern, statt die steuergeldfinanzierte DAT-Verbindung zu nutzen, dann machen sie das Manifest erst recht zur Lachnummer“, betont Mayr. Übrigens: Der Landesrechnungshof mahnt, dass die Schulden des Landes immer größer werden und kritisiert Millionen teure Prestige-Projekte. Er wird doch nicht diesen geförderten Linz-Frankfurt Flug gemeint haben, oder doch?

Die Staatsbürgerschaftbaustelle

Verzögerungen und Vorwürfe häufen sich. Haimbuchner immer mehr unter Druck.

Markus Ecker

Dass es in LR Haimbuchners Staatsbürgerschaftsabteilung nicht rund läuft, ist untertrieben. Einerseits wird mittlerweile in vier Verdachtsfällen wegen Amtsmissbrauch ermittelt, weil Staatsbürgerschaften nicht rechtmäßig vergeben wurden. Andererseits trifft

eine Missstandsfeststellung der Volksanwaltschaft nach der anderen ein. Alleine elf sind es bereits heuer. Wegen zu langer Verfahren und sonstiger Hürden. „Bisher hat Landesrat Haimbuchner sowohl diese Beschwerden als auch unsere Forderungen konsequent ignoriert“, meint die Grüne Integrationssprecherin und Landtagsabgeordnete Ines Vukajlović, die wohl konsequenteste Kritikerin des Staatsbürgerschaftsprozederes in Oberösterreich. Aber nun zeigt der Druck offenbar Wirkung.

Wegen zu wenig Personals würden die immer zahlreicheren Verfahren so lange dauern, wurde immer argumentiert. Auf Anfrage



von Vukajlović im Landtag hat LR Haimbuchner jetzt mehr Personal in Aussicht gestellt. Vukajlović begrüßt das, bleibt aber skeptisch: „Entscheidend sei, ob die Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden und die Verfahren künftig in gesetzlicher Frist abgeschlossen werden. Ziel seien faire, transparente Abläufe ohne unnötige Hürden für Menschen, die seit Jahren in Österreich leben, arbeiten und Anspruch auf die Staatsbürgerschaft haben.“ Weitere parlamentarische Anfragen sind angekündigt.

39,3 °C

Die Landeshauptstadt Linz hat am letzten Juniwochenende ihren bisherigen Temperaturrekord deutlich übertroffen. Ein weiterer Beleg dafür, wie stark sich Hitzewellen durch die Klimakrise zuspitzen.

Was sagt Google zur Windkraft?

Gigantischer Strombedarf trifft auf stockenden Ausbau der Erneuerbaren.

Markus Ecker

Heute schon gegoo-gelt? Definitiv – unzählige Male, auch hier in Oberösterreich. Unsere Fragen und Googles Antworten kommen dabei nicht aus dem Handy, sondern aus Rechenzentren. Ein solches soll nun in Kronstorf entstehen.

So weit, so gut. Doch ein Projekt dieser Größenordnung wirft Fragen auf – zu Umwelt, Infrastruktur und Lebensqualität. „Wir müssen genau hinschauen. Es darf nicht sein, dass der Tech-Riese profitiert und Land und Leute die Nachteile tragen“, sagt die Grüne Energiesprecherin Anne-Sophie Bauer.

Ein Google-Rechenzentrum wie dieses benötigt abartig viel Energie. Der Strombedarf wird gewaltig sein.



Wie sehr hat Bauer beim zuständigen Landesrat Achleitner nachgefragt. Ergiebig waren die Erkenntnisse nicht sonderlich. Dieser spricht von bis zu einer 1 TWh Stromverbrauch pro Jahr. Das aber ist nur die erste Phase. Im Vollausbau wird der jährliche Gesamtverbrauch bei rund 3,5 Terawattstunden liegen. „Das ist mehr Strom, als alle 676.000 Privathaushalte in Oberösterreich zusammen verbrauchen. Oder anders ausgedrückt werden das fünf bis sechs Prozent des gesamten österreichischen Stromverbrauchs sein. Nur um mal die Dimensionen klarzustellen“, zeigt Bauer auf.

Es wäre nicht LR Achleitner, wenn dieses Rechenzentrum nicht ein großer schwarz-blauer Erfolg und Energiebedarf und -kosten keine wirklichen Probleme wären. Dafür würde der Ausbau der Erneuerbaren Energien sorgen, sagt der Landesrat. Dass diese Energien nicht nur sauber sind, uns unabhängig machen, sondern auch die Stromkosten senken, sagen die Grünen seit gefühlten Ewigkeiten. Der Haken daran ist, dass es unvergleichlich mehr sein könnten oder besser müssten. „Nicht nur das Rechenzentrum wird gewaltig Energie brauchen, sondern auch der Licht-

ofenbogen in der Voest für den Grünen Stahl. Und das neben der ohnehin energieintensiven Industrie im Land. Mit Solar und Wasserkraft geht sich das nie aus“, bringt es Bauer auf den Punkt. Und da kommt wieder die von Schwarz-Blau so bekämpfte Windkraft ins Spiel. „Ohne massiven Windkraftausbau wird Oberösterreich die benötigten Erneuerbaren nicht bekommen. Sie zu loben und Windräder zu verhindern ist damit das Unsinnigste, was man tun kann“, richtet Bauer Achleitner aus.

By the way: Google selbst könnte zur Energiewende beitragen. Denn ein Rechenzentrum erzeugt Unmengen an Wärme. Daher wäre es schlüssig, dass Google diese Abwärme der OÖ. Bevölkerung zur Verfügung stellt. „In Hamina in Finnland macht Google das bereits. Rechenzentren sollten aber grundsätzlich dazu verpflichtet werden“, meint Bauer. Nehmen und Geben im besten Sinne.



Kassenarzt-Stellen attraktivieren

Eine Attraktivierung der Kassenarztstellen fordert die Grüne Gesundheitssprecherin Brigitte Huber-Reiter. Denn laut AK OÖ-Studie sind sie gegenüber Wahlärzt:innen bereits in der Unterzahl. „Das Tempo zur Zweiklassen-Medizin zieht merklich an, und wir müssen gegensteuern“, betont Huber-Reiter. Mehr Primärversorgungszentren für die flächendeckende Gesundheitsversorgung seien zwar wichtig. „Aber wir brauchen mehr Ärzt:innen, die sich für einen Kas-senvertrag entscheiden. Es geht nicht nur ums Geld, sondern auch um Arbeitszeiten, Belastung und Verfügbarkeit. Diese spielen eine wesentliche Rolle bei der Entscheidung für oder gegen eine Kassen-arztstelle“, so Huber-Reiter.



Abgesagte Lohntransparenz

Den anhaltenden Widerstand gegen die EU-Lohntransparenzrichtlinie und damit das Scheitern des Bundesgesetzes kritisiert die Grüne Frauensprecherin LAbg. Dagmar Engl. „Endlich würden die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit und damit ein Grund für die Einkommensschere sichtbar. Aber mache Wirtschaftskreise in OÖ und auch Schwarz-Blau wollen es nicht“, sieht Engl eine vergebene Chance. Bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung verdienen Männer in OÖ im Schnitt rund 23,7 Prozent mehr pro Jahr als Frauen. Bundesweit der zweithöchste Wert.



Schwarz-Blaues Tagebuch

4. Juli 2026

Mein Tagebuch, der planet hat a neichs Layout, und weniger Platz und darum muss i jetzt kürzer lustig sein. Sonst nimmt ma der Chef-redakteur den Ventilator weg. Aber alle mias ma sparen, sagt der Finanz-minister Marterbauer, Ma-cher des Doppelbudgets. Aber im Sommer kann ma trotzdem vü machen. Statt dem Jakobsweg könnt ma heuer den Budgetpfad gehen. Des letzte Hemd ordentlich durchschwitzen, bevor mas dem Finanzmi-nister geben. Konsolidiert wird auf der Couch. Den Panorama-Blick gibt's heuer vom Schuldenberg.

Wegen dem Defizit ka Luxussuite und statt dem Antipasti-Teller gibts die Essigwurst im Keller. A paar werden mit dem „nie was anders als Politiker-Kickl“ 70 Jahr FPÖ feiern und gegen die Alt- und Systemparteien schimpfen. Wenn sich die rechten Klimaleugner ihren Kreislauf wieder stabilisiert haben, werden sie sich überlegen, wies künftig die 40 plus Grad Hitz erklären. Vielleicht a mit den Flücht-ling, wei die san ja ausn Südn und drum ist bei uns jetzt so haß. Man könnte mit dem Kanz-ler die Wehrdienstreform

suchen, die sich irgendwo verrennt hat. Oder zu seiner Veranstaltung „Österreich im Gespräch mit Bundeskanzler Christian Stocker“ gehen. Jeder Beipackzettel klingt dynamischer. Und vorher muast durch a Gaulifying, wo geschaut wird, welcher Bürger für a Nähe in Frage kummt. Man könnt die Heimwer-ker-Tour der SPÖ besu-chen. Ordnen statt spalten glaub i, oder sortieren statt teilen, na stapeln statt fräsen, ich waß net. Man könnte aber a mit dem DAT-Förder-Jet von Linz nach Frankfurt flie-gen und mit dem Piloten

„Alleinflug“ vom Reinhard May singen. Oder gemein-sam mit dem Achleitner die Vorteile von Windkraft googeln. Oder afoch ge-gen a Wand lehnen und spüren wie da Winkler wirkt. Wenn ma ja wieder aufwacht ist, sieht ma dann des Plakat mit dem LH Stelzer, dem Buben, dem Ball und an weißen Hemd. Man munkelt über wüde Szenen, weil er zu-erst die Krawatten net hergeben wollt. So i bin schon wieder vü zlang, wurscht. Wo ist der Ventilator und des Mineral ist a weg

MARKUS ECKER

Platz für Jugendliche ohne Konsumzwang!

Daria Danner



Draußen hat es beinahe 40 Grad und in den Wohnungen steht die Luft. Für viele junge Menschen bedeutet die extreme Sommerhitze oft nicht nur körperliche Belastung, sondern auch soziale Isolation. Wer kein Geld für Freibad-Eintritte oder teure Café-Besuche hat, kann sich gerade in den Sommerferien oftmals kaum mit Freund:innen bei erträglichen Temperaturen treffen.

Deshalb brauchen wir dringend konsumfreie Räume – klimatisiert im Sommer, beheizt im Winter. Es darf nicht vom Geldbeutel abhängen, ob junge Menschen einen sicheren, erträglichen Ort zum Verweilen und Austauschen haben. Ein Platz für Jugendliche ohne Konsumzwang ist kein Luxus, sondern eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Impressum

oö.planet 04/2026
Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

Medieninhaberinnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17
Herausgeberinnen: Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag.
Die Redaktion: Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Benjamin Wimmer, BA, Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger,
Mitarbeiter:innen und Autor:innen: Severin Mayr, Dr. René Freund, Daria Danner, Julia Reiter
Korrektur: Mag. Barbara Vanek
Fotos: www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr,
Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner
Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner
Adressverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00, Mag. Richard Steinmetz
service.ooe@gruene.at
Druck: Wimmer Medien Druck, Linz
Verbreitete Auflage: 21.000 Stück
Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Mitte Oktober 2026

Redaktion

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Leser:innenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Mag. Richard Steinmetz **Mail** service.ooe@gruene.at

Kontakt

Die Grünen OÖ –
Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneooe

Die Redaktion empfiehlt:



Foto: Marco Vanek

KUHLster Ort

Die Gjaidalm am Dachstein-plateau ist mein „KUHLster Ort“: Auf 1.738 Metern bleibt die Luft selbst an Hitzetagen angenehm frisch, Kühe und andere Tiere grasen auf weitläufigen Almwiesen. Die einfache Berghütte mitten im UNESCO Welterbe Hallstatt Dachstein bietet stille Nächte, klare Sterne und viel Raum für Natur- und kulinarischen Genuss weit weg vom Trubel, aber nah an der Karstlandschaft, den Höhlen und hochalpinen Wegen. Näheres unter gjaid.at



Foto: cooleslinz.at

Linzer Kühlloasen

„Cooles Linz“ ist eine der spannendsten städtischen Antworten auf die Sommerhitze: Die Stadt verwandelt Linz in ein Netz aus frei zugänglichen Kühlloasen und macht damit Hitzeschutz konkret erlebbar. Über eine digitale Karte findest du kühle Plätze am Wasser, schattige Parks, Trinkbrunnen und vor allem „Coole Orte“ in Gebäuden – Kirchen, Sozialläden, Kulturhäuser –, die ihre Türen bewusst für hitzegeplagte Menschen öffnen. Dort kannst du dich hinsetzen, trinken, durchatmen, ohne Konsumzwang und unabhängig vom Geldbörsel. cooleslinz.at



Foto: nonstopkino.at

Cooler Kinogenuss

Gemeinsam mit Freund:innen ins Kino gehen, neue Filme entdecken, zwischendurch draußen weiterdiskutieren: Gerade jetzt im heißen Sommer ist ins Kino gehen (ob Indoor oder Freiluft) ein entschleunigtes, kulturelles Kontrastprogramm zu Freibad, Streaming und Touristen-Trubel. Und wenn du das Non-Stopp-Kino-Abo hast, kannst du dir um monatlich 24 EUR beliebig oft Filme anschauen. Gerade im heißen Sommer ist die Kinoflatrate eine gute Idee, weil sie Cineast:innen flexibel, kühl und günstig durch die filmische Sommersaison trägt. 43 Kinos in ganz Österreich, neun davon in OÖ, nehmen an dieser Aktion teil. Mehr unter: nonstopkino.at



Foto: privat

Kühles Getränk

Ayran ist das vielleicht unkomplizierteste Sommergetränk gegen die Hitze: ein traditionelles Trinkjoghurt aus der Türkei und dem Kaukasus, gemischt aus Naturjoghurt, Wasser und einer Prise Salz. Statt zu süßen, kühlt er von innen – leicht säuerlich, erfrischend und sehr bekömmlich. Für ein großes Glas rührst du einfach zwei Teile Joghurt mit einem Teil kaltem Wasser schaumig auf und schmeckst mit etwas Salz ab; wer mag, gibt frische Minze oder etwas Zitronenschale dazu. Ayran wirkt wie ein natürlicher Elektrolyt-Drink: Er ersetzt Flüssigkeit und Salz nach starkem Schwitzen, ohne Zucker und Zusatzstoffe, und bleibt mit moderaten Kalorien erstaunlich leicht.

„Ich hoffe, ich störe!“

Warum ich meine Telefonnummer gerne geheim halte.

René Freund

Ich habe es sofort gemacht. Ich habe mir seine Nummer gespeichert. Kaineder Stefan, Firma: Grüne. Ich bewundere Stefan dafür, dass er im ganzen Land seine Handynummer plakatieren ließ. Für mich wäre das eine grauenvolle Vorstellung: Millionen Menschen könnten mich jederzeit anrufen! Eine Zeit lang hatte ich meine Telefonnummer auf meiner Homepage veröffentlicht, aber nicht lange. Man glaubt gar nicht, welche Art von Anrufen da hereinkommen: Die einen wollten mir ihre Lebensgeschichte erzählen, weil die viel interessanter sei als meine Romane, andere erklärten mir lang und breit, dass der richtige Platz für

die Frau am Herd wäre, und einer meldete sich gar mit den Worten: „Ich hoffe, ich störe gerade!“

Tatsächlich stört mich das Telefon fast immer. Ob ich jetzt schreibe, im Zug sitze oder (der richtige Platz für mich) am Herd stehe: Ich möchte kein Handy am Ohr haben. Ich bin heilfroh, dass die Kommunikation eines Autors zu 90 Prozent über Mails erfolgt. Mails sind leise und diskret, man kann sie beantworten oder auch nicht, großartig! Läutet allerdings mein Telefon, erschrecke ich meistens zu tiefst, weil mich eigentlich eh niemand anruft, außer Freund A. am Sonntag oder meine Kinder, die das freilich vorher ankündigen.

Aber gut, ich bin Schriftsteller und kein Spitzenkandidat. Der letzte Politiker, den alle anrufen konnten, war Bruno Kreisky. „Seine



Nummer steht im Telefonbuch, er ist für alle zu erreichen“, erklärte mein Vater schwärmerisch. Anderntags machte ich, der Achtjährige, die Probe aufs Exempel: Tatsächlich, Dr. Kreisky, Bruno, Armbrustergasse 15. Die Telefonnummer begann mit 32, das weiß ich noch. Mit zittrigen Fingern betätigte ich die Wählscheibe, und tatsächlich ertönte nach kurzem Läuten das unver-

kennbar sonore „Ja, hallo“ des Bundeskanzlers. Mit pochendem Herzen legte ich auf.

Stefan Kaineder aber wünsche ich, dass seine Gespräche konstruktiver verlaufen.

René Freund lebt als Autor im Almtal und ist schriftlich jederzeit zu erreichen. www.renefreund.com